

und Lemmer die Funktionen als erster und zweiter Vorsitzender der CDU übernahmen. Von daher ging der Übergang einigermaßen friedlich vor sich.

Hermes selber ist dann sehr bald aus Berlin fortgegangen. Auf die weitere Politik der CDU konnte er – auch wegen seines Verhältnisses zu Adenauer; die beiden Herren liebten sich nicht besonders – dann keinen Einfluß mehr nehmen.- Soweit meine Erfahrungen aus der damaligen Zeit. (Beifall).

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Frau Dr. Wolf. Verraten Sie uns bitte noch, ob Sie Butter und Zucker wieder zurückgeben mußten. (Heiterkeit).

Dr. Erika Wolf: Nein, daß mußten wir nicht, sondern wir haben versucht, daß ein wenig zu verteilen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön.- Herr Dieter Rieke, bitte.

Dieter Rieke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! In gebotener Kürze möchte ich zunächst etwas zu meiner Person sagen. Ich gehöre zu der Generation, die noch zwei Jahre des letzten Krieges aktiv miterlebt hat. Geboren wurde ich in Westdeutschland. Das Kriegsende habe ich in Mitteldeutschland erlebt.

Ich bin nicht ganz frei von Bitternis und Belastung hierher gekommen. Zu tief sind die Verletzungen, die mir die Kommunisten zugefügt haben. Und man kann wohl sagen, daß mein Leben von drei Perioden geprägt wurde. Ich will das mal als Schock bezeichnen. Einmal möchte ich die neunjährige Haft als Sozialdemokrat – das möchte ich hervorheben – in Bautzen erwähnen. Dann nenne ich Erlebnisse der Wende. Schließlich konnte ich vor zwei Wochen meine Stasi-Akten in Berlin einsehen, aus denen hervorgeht, daß man sehr wohl noch – bis in die achtziger Jahre hinein – daran interessiert war, mich irgendwie ans Messer zu kriegen.

Wie ich schon sagte: Ich war 1945 im Bezirk Magdeburg. Dort traf ich nach dem Einrücken der Roten Armee viele junge, aber auch ältere Menschen, die sich zur Sozialdemokratie bekannten. Ich war damals 20 Jahre alt. Die Jungen – darunter war auch ich – wollten sich irgendwie aktiv an der Neugestaltung des Nachkriegs-Deutschlands beteiligen. Auf der anderen Seite gab es Angehörige der älteren Generation, die entweder aus dem Krieg oder aus den KZ-Lagern kamen.

Im Juni wurden durch den Befehl Nr. 2 antifaschistische Parteien zugelassen. Im Bezirk Magdeburg waren wir dann gleich darum bemüht, die Partei mit viel Idealismus und mit viel Energie aufzubauen. Wir haben einzelne Orte besucht. Ich selber war damals in Gardelegen und Stendal ansässig. Auch hatte ich Arbeit als Journalist gefunden.

Wir waren also von dem Ideal getragen: Es muß eine neue Zeit kommen. Und dazu gehörte, daß auch die Sozialdemokratische Partei sich engagierte,

daß die Mitglieder mit dazu beitrugen, daß diese Zeit des Faschismus nun endlich überwunden werden konnte.

Das Land war damals geprägt von den in endloser Zahl hereinströmenden Flüchtlingen und vom Elend der Nachkriegszeit. Es war nicht leicht, untereinander Verbindung zu halten. Aber wir im Bezirk Magdeburg haben schnell eine sehr starke Partei aufbauen können, und wir waren auch ein bißchen stolz darauf. Was wir als junge Menschen nicht ahnen konnten, war, daß man dies mit Wissen der SMAD zugelassen hatte, weil man das Ziel hatte, die Sozialdemokraten irgendwie als Blutspender für die kommunistischen Ziele und Praktiken zu nutzen.

Wir hatten kaum Verbindung untereinander. Es gab die Möglichkeit, hier und da mal ein paar Zeitungen aus Westdeutschland oder aus Berlin zu bekommen. Wir hörten den NWDR, den Hamburger Sender, und wir bekamen gelegentlich auch mal Informationen von Leuten, die es gewagt hatten, nach Westdeutschland zu gehen, um sich ein bißchen umzusehen.

Der Kreis Gardelegen lag nicht weit von der Zonengrenze entfernt. Mit meinen Weggefährten habe ich es unternommen, bis nach Hannover zu fahren, um dort bei der SPD vorzusprechen und mir Informationen geben zu lassen. Dort wurde in den Monaten bis Ende 1945 eine sogenannte Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost aufgebaut, die direkt Kurt Schumacher unterstellt war. Das war also unsere Anlaufstelle.

Wir meinten damals, daß wir, wenn es eine SPD auch in der damaligen SBZ geben würde, auch frei argumentieren dürften, und wir glaubten, daß wir parteipolitische Festlegungen in unsere Argumentation mit einbeziehen konnten.

Vor Ort haben wir durch Versammlungen und durch persönliche Gespräche versucht, eine breite Basis von Sozialdemokraten zu schaffen, die bereit und in der Lage sein sollte, sich der Verantwortung – und zwar in den Verwaltungen, aber auch in den sich damals bildenden Vertretungen der Bürgerschaft – zu stellen. Das fing in den Gemeinden und Kreisen an, und es reichte bis hin zur damaligen Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt. Das war die Institution, die gegenüber der Sowjetischen Militäradministration hinsichtlich des Funktionierens der Wirtschaft verantwortlich war. Das war ja wohl das Allerdringlichste.

Ich selber war Leiter eines Nachrichtenamtes der Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt mit Sitz bzw. Wohnsitz in Gardelegen. Aber ich war sehr oft in Magdeburg und Halle. Und ich muß sagen: Es war ein Schub, den wir spürten. Denn wir glaubten endlich, daß wir am Aufbau einer – wie man so schön sagte – neuen demokratischen Gesellschaftsordnung mitbeteiligt seien.

Im Laufe der Wochen und Monate spürten wir aber auch, wie stark der

Einfluß der deutschen Kommunisten war. Das merkten wir sehr wohl, wenn es darum ging, Papierzuteilungen oder die Erlaubnis für Veranstaltungen – Bürger- und Parteiversammlungen – zu bekommen. Die Kommunisten waren privilegiert, und wir brachten eben nur unseren guten Willen ein. Im Hintergrund spürten wir aber auch, daß eine Art Indoktrination stattfand, und zwar in der Form, daß die sowjetischen Offiziere als Kommandanten der Orts- und Kreisverwaltungen – das galt sogar für Halle – ihre Möglichkeiten nutzten, um Sozialdemokraten ins Gespräch zu ziehen und ihnen mit Zuckerbrot und Peitsche zu sagen, welche Politik die sowjetische Besatzungsmacht für richtig hielt.

Nun gibt es eine sehr große Vielfalt, das jetzt – also nach Ablauf der Ereignisse – zu interpretieren. Ich glaube, es ist ein ganz wichtiger Punkt, daß man versucht, diese Zeit historisch aufzuarbeiten. Aber ebenso wichtig ist es auch, zu sagen, was damals in den kleineren Bereichen – sozusagen vor Ort, also in den Gemeinden – geschehen ist und wie die Leute das erlebt haben. Es muß auch klargemacht werden, mit welchem Mut, aber auch mit welcher Resignation sie versuchten, sich an dem politischen Leben zu beteiligen. Die Enttäuschung in bezug auf den Krieg war ja groß, und die Erwartungen waren sicherlich sehr hoch.

Der Punkt, der mich nun insbesondere betrifft, war, daß ich spürte, daß die sowjetischen Politoffiziere weitestmöglich – nicht nur bei mir, sondern auch bei anderen Funktionären – versuchten, Einfluß zu nehmen. Und auch in unseren eigenen Reihen gab es gespaltene Überlegungen. Die einen sagten: „Wir sind Sozialdemokraten und keine Kommunisten“. Aber es gab auch Leute, die aus den Konzentrationslagern kamen und aus ihrer persönlichen Lebenserfahrung heraus meinten, es sei wohl das Bessere, eine starke Arbeiterbewegung zu haben. Das müsse doch mit den Kommunisten gemeinsam gemacht werden. Die hätten sich damals von den Sozialdemokraten getrennt. Und nun, bitte schön, könnte man ja wieder eine starke Sozialdemokratische Partei aufbauen.

Ich will das alles nur antippen, um Ihnen auch Gelegenheit zu geben zu hinterfragen. Es ist ein abendfüllendes Thema, wenn man diese Zeit Punkt für Punkt durchgeht und aus dem heutigen Blickwinkel daraus Erkenntnisse gewinnen möchte.

Wir waren in allen Kreisen und Gemeinden vertreten, und wir hatten das Gefühl, daß wir ja nicht nur uns selber überlassen bleiben konnten, sondern daß wir auch versuchen mußten, Kontakt mit der SPD bzw. mit dem Zentralausschuß in Berlin zu bekommen. Das galt auch für die SPD in Westdeutschland.

So gab es einen regen Austausch durch gegenseitige Besuche. Vor allem aber geschah das durch Informationen, die wir über die Arbeit der SMAD zusammenstellten und nach Westdeutschland gaben. Dies geschah über das

damalige Ostbüro der SPD, und ich habe feststellen können, daß die von uns geschilderten Geschehnisse Ende 1945/Anfang 1946 in der damaligen SBZ- Demontagen, Bodenreform, Ungerechtigkeiten, die ersten Verhaftungen, Internierungen usw.- sehr wohl registriert wurden. Das spiegelte sich in einzelnen Passagen auch von Reden von Kurt Schumacher wider. Er war ja damals Vorsitzender der SPD in Westdeutschland.

Der Druck auf uns wurde stärker, als es darum ging, die Forderungen und Erwartungen der SMAD sowie der dahinter stehenden deutschen Kommunisten zu erfüllen, die darauf hinausliefen, eine einheitliche antifaschistische Front zu bilden bzw. einen Zusammenschluß von KPD und SPD herbeizuführen.

Ich habe noch in Erinnerung, daß damals – im Frühjahr 1946 – etwa 700.000 Sozialdemokraten Mitglied waren. Die Kommunisten dagegen zählten erheblich weniger Mitglieder.

Die schrecklichste Situation entstand dann, als diese Einheitskampagne anlief. Sie wissen vielleicht aus der Literatur, wie sich das aufbaute und wie dann am 21./22. April 1946 die Zwangsvereinigung in Berlin erfolgte. Das war für uns zunächst der Punkt, an dem wir resignierten, denn wir hatten nicht geglaubt, daß sich in Berlin ohne unser Mittun und ohne unser Votum ein Zusammenwirken zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in dieser Form gestalten könnte. Es gab zwar lose Verbindungen mit Berlin, aber im wesentlichen wurde ja auch Politik vor Ort gemacht, und die Sozialdemokraten waren in der Tat in den Spitzen der Verwaltungen tätig. Ihr erstes Anliegen war, die Not der Bevölkerung zu lindern und für die Infrastruktur des Landes zu sorgen.

Die Vereinigung zwischen SPD und KPD zur SED war nichts anderes, als daß das Konzept der Kommunisten – wir haben das heute ja schon gehört – durchgezogen wurde. Ende 1945 gab es zunächst noch etwas Zuckerbrot. Aber dann ging man mit ganz rigorosen, brutalen Methoden vor. Das führte dazu, daß meine Freunde – das galt auch für mich selber – wiederholt zu Gesprächen gebeten wurden. Von daher hatten wir den Eindruck, man wollte, daß wir absolut hörig sein sollten. Es wurde ein Druck auf uns ausgeübt, dem wir nur durch die Flucht nach Westdeutschland, durch Resignation oder das Sich-Zurückziehen ins stille Kämmerlein begegnen konnten.

Ich selber war damals in Magdeburg. Wir veranstalteten Versammlungen und votierten gegen diese Vereinigungskampagne. Aber dann kamen wir sehr schnell in die Situation, daß wir unterwegs ganz einfach festgehalten wurden. Die Versammlungen wurden abgesagt. Kurz und gut: Ab Mai/Juni 1946 – also nach der Vereinigung – gab es für uns nur noch eines, daß wir nämlich in die Illegalität gingen.

Wir haben nämlich – und das war, wenn man es von heute aus betrachtet, ein Stück Illusion – folgendes geglaubt: Hitler hat sich zwölf Jahre gehalten. Nun, Gott behüte, wie lange wird Pieck unter diesen Umständen aushalten?-

Die Alliierten hatten ja das Sagen. Wir hatten die Illusion, daß wir eines Tages wieder da sein müßten. Deshalb haben wir sehr wohl gewußt, was wir machten, wenn wir Freunde besuchten. Im kleinen Kreis sprachen wir über die Situation. Vor allen Dingen behielten wir auch die Verbindung nach Hannover – also mit der westdeutschen SPD- bei.

Ich muß im nachhinein sagen: Der Preis war sehr hoch. Viele von uns wurden verhaftet. Es gab auch Leute, die aus Westdeutschland kamen. Sie wurden beschattet. Man verfolgte sie. Alle, die von Westdeutschen besucht worden waren, wurden verhaftet. Wir haben versucht, die Familien zu bergen bzw. ihnen zu helfen. Es wurden Lkw-Fahrten nach Westdeutschland über die grüne Grenze – das ging damals noch – veranstaltet. Für uns stellte sich wirklich die Frage: Halten wir das durch? Und ich muß sagen: Es war nicht durchzuhalten. Das Regime war so totalitär, daß es keinen Ausweg gab. Aber wir freuten uns immer, wenn wir hier und dort noch Weggefährten treffen konnten.

Ich habe damals in Halle an einem Pressegespräch mit dem damaligen General Kotikow teilgenommen. Er erläuterte uns rigoros die Forderung, daß es nur darum gehe, diese damalige SBZ als absolut kommunistisches, militärisches Vorfeld gegenüber dem Kapitalismus in Westdeutschland zu betrachten.

Wie auch immer: Aus meiner damaligen Kenntnis heraus war es damals so, daß wir – außer Kontakte zu unseren Freunden aufrechtzuerhalten – nichts unternehmen konnten. Alles andere war Selbstmord.

Es kam, wie es kommen mußte. Eines Tages wurde ich verhaftet und kam 1948 nach Berlin-Hohenschönhausen. Ein Jahr später wurde ich vom Obersten Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren verurteilt. Und dann begann der lange Weg nach Bautzen, wo ich übrigens Alfred Schmidt wiedergetroffen habe. Mit dem habe ich sehr oft zusammengesessen. Dann haben wir uns lange darüber unterhalten, was nun richtig oder falsch an diesem Kommunismus sei. Auch Oskar Hippe und viele andere mehr waren dort.

Abschließend kann ich feststellen: Von den neun Jahren habe ich vier Jahre in Einzelhaft gesessen. Das heißt, ich habe erfahren, wie man Menschen physisch und psychisch zugrunde richten kann. Nun kann man nicht sagen, daß Bautzen ein Vernichtungslager war. Es gab dort keine Verbrennungsöfen. Aber wir waren die politischen Staatsfeinde Nr. 1, und man hungerte uns auf die sanfte Art aus.

Ich hatte Gelegenheit, in einer Fernsehsendung in Bautzen das mal zu eruieren, und zwar haben mir im nachhinein die früheren Bewacher, die uns damals drangsalierten, erklärt: Ja, als wir von den Sowjets die Gefangenen übernahmen, hieß es von seiten der Roten Armee, daß nur 800 Leute im Lager seien. Dementsprechend Verpflegung hatte man parat. Es waren aber 8.000.

Dieses Lager ist einige Male ausgestorben. Man kennt bis heute nicht die

genauen Zahlen. Die Historiker haben hier ein großes Aufgabengebiet. Aber es war so, daß wir an Tuberkulose und Dystrophie litten. Und wenn man in Einzelhaft sitzt, dann – das können Sie sich sicher vorstellen – schwinden die geistigen Kräfte schnell. Ich hatte das Glück – das ist kein Verdienst – das noch einigermaßen zu überstehen.

Ich bin dann nach meiner Entlassung 1957 nach Westdeutschland gegangen, und ich versuchte, all diese schrecklichen Ereignisse zu vergessen. Das war die einzige Möglichkeit, wieder in ein normales Berufsleben zurückzukehren. Viele meiner Freunde aus der damaligen Illegalität, die ich in Bautzen wiedergetroffen hatte, haben es nicht geschafft. Darunter waren viele, die auch in den KZs zehn Jahre zugebracht haben. Danach waren sie dann fünf, sechs, acht oder zehn Jahre in Bautzen. Nicht alle haben das überstanden.

Wir sind nur noch ganz wenige, die bezeugen können, was sich damals abgespielt hat. Und ich muß Ihnen sagen: Es war sehr wichtig für mich festzustellen, daß ein Stückchen dieser Saat, die wir versuchten, damals einzusäen, aufgegangen ist. Das sage ich im Hinblick auf Leute, die sich heute wieder zur Sozialdemokratischen Partei in den neuen Bundesländern bekennen.

Die Wende war für mich ein Erlebnis. Ich kann mich noch daran erinnern. Mit Wolfgang Leonhard war ich am 9. November auf Sendung im ZDF-Länderspiegel, als Schabowskis Meldung aus der Pressekonferenz kam. Wir konnten vor laufender Kamera nichts mehr sagen. Uns sind die Tränen geflossen.

Ich war dann einige Zeit lang hier in Bonn als Journalist tätig. Dann bin ich – auch als Journalist, dort war ich Leiter eines Presseamtes – nach Rüsselsheim gegangen. Und ich war eigentlich ein glücklicher Mensch. Ich hatte eine neue Familie aufgebaut. Vor allen Dingen hatte ich all diese schrecklichen Zeiten vergessen.

Dann kam die Wende. Das war ein Schock. Da habe ich gedacht: Gut, jetzt nach zwei, drei Jahren ist alles okay. Jetzt können wir darangehen, innerhalb unseres Landes wieder in die Zukunft zu schauen.

Aber dann kam die Nachricht von Gauck, man solle doch mal nachschauen. Es seien einige Unterlagen gefunden worden. Ich habe zwei Tage lang in der Normannenstraße nachgelesen, was gute Freunde und auch Verwandte aus Bonn und Rüsselsheim der Stasi über mich berichtet haben. Daraus entnehme ich, daß sie – wohlgemerkt: bis in die achtziger Jahre hinein – daran interessiert waren, mich noch mal irgendwie an Messer zu kriegen. Ich konnte mir das zwar nicht ausrechnen. Damals habe ich einen privaten Besuch in der DDR-Magdeburg, Stendal – gemacht. Über die Fahrt – sie ging über Marienborn nach Gardelegen, Stendal usw.- habe ich minutiöse Berichte gelesen, und jeder von meinen Verwandten, der mich kannte, hat seinen Bericht dazugegeben.

Dann hat man auch noch einen sogenannten Kampfauftrag erteilt, indem man Leute hierher geschickt hat, um mich auszukundschaften. Ich glaube, dies wird wohl eine Sache des Bundesanwalts sein. Die Klarnamen sind mir mittlerweile geläufig. Ich mußte danach nur noch mal die kopierten Akten durcharbeiten. Wenn man als junger Mensch den Einsatz gewagt hat, in der Politik mitzuhelfen – ich bin ja kein Mann, der ein Amt oder irgend etwas angestrebt hat, ich wollte nur ganz einfach mit einem Beitrag leisten –, um dann im nachhinein festzustellen, daß man über Jahre hinweg aus dieser Umklammerung des Kommunismus – das war eine Krake – nicht mehr herausgekommen ist, dann ist das eine fürchterliche Situation.

Aber Sie können sicher sein, daß ich solange über diese Dinge reden werde, wie ich es geistig und körperlich vermag. Dies bin ich den Leuten schuldig, die heute nicht mehr für ihre Sache eintreten und reden können. Ich muß sagen: Ich bin ein bißchen stolz darauf, daß ich Glück gehabt habe und heute vor Ihnen sitzen kann, um Ihnen das zu berichten. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Dieter Rieke. Der nächste Redner wäre dann Herr Wolfgang Schollwer.

Wolfgang Schollwer: Ich bin Jahrgang 1922. 1946 trat ich in die LDPD ein. Bis zum Oktober 1950 war ich Mitglied dieser Partei. Dann bin ich nach West-Berlin geflüchtet. Ich kann also nur über die Zeit von Herbst 1946 bis zum Herbst 1950 Zeitzugenschaft ablegen.

Was hat mich oder viele andere bewogen, in diesen Jahren in die LDPD einzutreten? Dazu kann ich natürlich keine verbindliche Auskunft geben, sondern ich kann nur sagen, was mich selbst und was meine Freunde wahrscheinlich veranlaßt hat, in dieser Partei tätig zu sein.

Zunächst war das die Hoffnung, daß es bald eine Einigung der Vier Mächte in bezug auf Deutschland geben würde. Damals gab es ja noch die Viermächtekonferenzen bzw. die Außenminister- und Regierungskonferenzen, und man konnte sich einfach nicht vorstellen, daß der Zustand, der in den Jahren 1946/47 herrschte, lange andauern würde.

Zweitens ging es – das klingt fast noch illusionärer als das erste – um die Hoffnung, daß die sowjetische Führung auf die Dauer mehr Interesse daran haben würde, zum gesamten deutschen Volk ein gutes Verhältnis zu haben, als sich allein auf die SED zu stützen. Insofern wollten wir als Liberaldemokraten sozusagen bereitstehen, um in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht – später sollte es der sowjetische Partner sein – Deutschland anders zu gestalten, als es die Kommunisten dann getan haben.

Drittens war unsere Bereitschaft für dieses Parteiensystem in der sowjetisch besetzten Zone dadurch bestimmt, daß wir eine gewisse Abneigung gegen das Parteiengezänk hatten, das man im Westen schon wieder feststellen konnte. Wir waren der Meinung, daß die Parteien in einer schwierigen